

## **Stadt Stadtallendorf**

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau,  
Umwelt und Landwirtschaft  
- Der Vorsitzende -

35260 Stadtallendorf, 06.09.2007  
Postfach 1420  
Tel.: (0 64 28) 707-308  
Fax.: (0 64 28) 707-400

### **Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Fachausschusses für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Landwirtschaft**

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Donnerstag, 30.08.2007
<b>Sitzungsbeginn:</b>	19:30 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	21:07 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Besprechungsraum 1, Zimmer-Nr. 2.29, Bahnhofstraße 2 (Rathaus), 35260 Stadtallendorf,

---

#### **Anwesend sind:**

Herr Otmar Bonacker  
Herr Jürgen Behler  
Herr Frank Drescher  
Herr Dieter Erber  
Herr Werner Hesse  
Herr Jörg Linker  
Herr Jochen Metz  
Frau Ulrike Quirnbach  
Frau Susanne Reitmeier (Vertreterin für Herrn Christian Somogyi)  
Herr Stefan Rhein  
Herr Manfred Thierau

#### **Stadtverordnetenvorsteher:**

Herr Hans-Georg Lang

#### **Stellv. STVVorsteher/in:**

Frau Ilona Schaub  
Herr Wolfgang Salzer

#### **Fraktionsvorsitzende:**

Herr Klaus Ryborsch

#### **Stadträtin/Stadtrat:**

Herr Robert Botthof  
Herr Helmut Hahn  
Herr Gerhard Kroll  
Herr Hans-Dieter Langner  
Herr Peter Mehlinger  
Frau Ursula Rogg

#### **Von der Verwaltung:**

Herr Manfred Vollmer  
Herr Klaus Hütten

## Schriftführer:

Nikolaus Petri

## Entschuldigt fehlen:

Herr Winand Koch

Herr Christian Somogyi

## Tagesordnung:

- 1 Eröffnung und Begrüßung
- 2 Beratung von eingegangenen Anträgen
- Beschlüsse**
- 3 (neu) 63. Änderung des Flächennutzungsplans ("Ergänzungsbereich Hauptzentrum " in der Kernstadt)  
hier: a) Behandlung der während des Bauleitplanverfahrens eingegangenen Stellungnahmen und Anregungen  
b) Beschlussfassung  
Vorlage: FB4/2007/0065
- 4 (neu) Bebauungsplan Nr. 89 "Ergänzungsbereich Hauptzentrum" in der Kernstadt;  
a) Behandlung der während des Bauleitplanverfahrens eingegangenen Stellungnahmen und Anregungen  
b) Satzungsbeschluss  
Vorlage: FB4/2007/0063
- 5 (neu) Bauleitplanung der Stadt Stadtallendorf  
65. Änderung des Flächennutzungsplans  
Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)  
Vorlage: FB4/2007/0074
- Kenntnisnahmen**
- 6 (neu) "Wohnpark Herrenwald" der Herrenwald WohnBau eG;  
hier: Vorstellung der Planungskonzeption durch Herrn Geschäftsführer Steidl  
- Kenntnisnahme -  
Vorlage: FB4/2007/0062
- 7 "Stadtumbau in Hessen" - Förderprogramm des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung  
Interkommunale Allianz Kirchhain-Rauschenberg-Stadtallendorf  
hier: Bewilligung von Fördermitteln im Programmjahr 2007  
Vorlage: FB4/2007/0075
- 8 Netzstrukturdaten bestehender und geplanter stationärer Sendeanlagen in Stadtallendorf  
a) Firma T-Mobile Deutschland GmbH, Eschborn  
b) Firma O<sup>2</sup> (Germany) GmbH & Co. OHG, Frankfurt  
Vorlage: FB4/2007/0064
- 9 Mitteilungen
- 10 Verschiedenes

## Inhalt der Verhandlungen:

### **Zu 1 Eröffnung und Begrüßung**

Der Ausschussvorsitzende, Otmar Bonacker, eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er begrüßt besonders die anwesenden Vertreter der Wohnbaugesellschaft Herrenwald, Geschäftsführer Steidl, Herrn Segendorf und den Vorsitzenden, Herrn Busch.

Von der Presse begrüßt er Herrn Boßhammer.

Einwände gegen die Einladung und Tagesordnung werden nicht erhoben. Bürgermeister Vollmer bittet, den Tagesordnungspunkt 3 wegen technischer Vorbereitungen als Tagesordnungspunkt 6 zu behandeln.

### **Zu 2 Beratung von eingegangenen Anträgen**

**Antrag der CDU-Fraktion nach § 14 GO:  
Ergänzung der Kriterien zur Vergabe städtischer Bauplätze  
hier: Förderung von Familien mit Kindern**

Ausschussmitglied, Herr Hesse, gibt bekannt, dass zum Antrag der CDU-Fraktion ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion vorgelegt wird. Ausfertigungen des Änderungsantrags werden an die Ausschussmitglieder verteilt. Über den Antrag soll in der Novembersitzung beraten werden.

### **Beschlüsse:**

**Zu 3 (neu) 63. Änderung des Flächennutzungsplans ("Ergänzungsbereich Hauptzentrum " in der Kernstadt)  
hier: a) Behandlung der während des Bauleitplanverfahrens eingegangenen Stellungnahmen und Anregungen  
b) Beschlussfassung  
Vorlage: FB4/2007/0065**

Ausschussmitglied Herr Hesse weist darauf hin, dass dieser Tagesordnungspunkt mit dem darauf folgenden Tagesordnungspunkt TOP 4 (neu) „Bebauungsplan Nr. 89 „Ergänzungsbereich Hauptzentrum“ in der Kernstadt“ zusammengehört.

Zur Stadtverordnetenversammlung am 06.09.2007 wird die SPD-Fraktion einen Änderungsantrag vorlegen. Der Änderungsantrag sei erforderlich, da der Abwägungsvorschlag zur Stellungnahme der Oberen Landesplanungsbehörde im Rahmen der frühzeitigen Behördenbeteiligung auf der Seite 7 ergänzt werden sollte. Der Änderungsantrag der SPD-Fraktion ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Magistrat bittet die Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die in der Anlage dargelegte Abwägung über die eingegangenen Stellungnahmen, Anregungen im Rahmen des Bauleitplanverfahrens zur 63. Änderung des Flächennutzungsplans („Ergänzungsbereich Hauptzentrum“) in der Kernstadt.
2. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die 63. Änderung des Flächennutzungsplans („Ergänzungsbereich Hauptzentrum“) nebst Begründung und Umweltbericht.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

**Zu 4  
(neu)**

**Bebauungsplan Nr. 89 "Ergänzungsbereich Hauptzentrum" in der Kernstadt;**

**a) Behandlung der während des Bauleitplanverfahrens eingegangenen Stellungnahmen und Anregungen**

**b) Satzungsbeschluss**

**Vorlage: FB4/2007/0063**

Bezug nehmend auf seine Erklärungen zu TOP 3 (neu) weist Herr Hesse nochmals den Änderungsantrag der SPD-Fraktion hin.

Er weist zudem darauf hin, dass im Antragstext der Beschlussvorlage die unter Absatz 2. und 3. genannte Bezeichnung des Bebauungsplanes „Einkaufsbereich Hauptzentrum“ zu korrigieren ist in „Ergänzungsbereich Hauptzentrum“.

Bürgermeister Vollmer sagt zu, dass die Verwaltung den Änderungsvorschlag prüfen wird.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Magistrat bittet die Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die in der Anlage befindlichen Beschlussempfehlungen zu den im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen und Anregungen als Stellungnahme der Stadt Stadtallendorf. Sämtliche eingegangenen Stellungnahmen werden damit abgewogen. Darüber hinaus sind keine weiteren Stellungnahmen eingegangen.
2. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gemäß § 10 BauGB den Bebauungsplan Nr. 89 „Ergänzungsbereich Hauptzentrum“ in der Kernstadt in der Fassung vom August 2007 als Satzung. Die Begründung zum Bebauungsplan inkl. Umweltbericht wird gebilligt.
3. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die im Bebauungsplan Nr. 89 „Ergänzungsbereich Hauptzentrum“ in der Kernstadt aufgenommenen Gestaltungsfestsetzungen gemäß § 81 Hessischer Bauordnung als Satzung.

**Abstimmungsergebnis:** zurückgestellt

**Zu 5  
(neu) Bauleitplanung der Stadt Stadtallendorf  
65. Änderung des Flächennutzungsplans  
Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)  
Vorlage: FB4/2007/0074**

Ausschussmitglied, Herr Hesse, stellt die Frage, warum die Änderung des Flächennutzungsplans bzw. der Geltungsbereich das gesamte Grundstück als Sonderbaufläche – Wochenendhaus – vorsieht. Er befürchtet, dass hierdurch eine weitere Bebauung der Grundstücksfläche möglich ist.

Fachbereichsleiter, Herr Hütten, schlägt vor, die Vorlage zurückzustellen und die Frage mit der Genehmigungsbehörde abzustimmen.

Ausschussmitglied, Herr Hesse, ergänzt, dass der Beschluss zur Änderung des Flächennutzungsplans vom Fachausschuss gefasst werden kann, jedoch seine Anmerkung geprüft werden soll.

**Beschlussvorschlag:**

Der Magistrat bittet die Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Aufstellung der 65. Änderung des Flächennutzungsplans in der Kernstadt gemäß § 2 Abs. 1 BauGB.
2. Der Geltungsbereich ist in der Anlage dargestellt.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

**Kenntnisnahmen:**

**Zu 6  
(neu) "Wohnpark Herrenwald" der Herrenwald WohnBau eG;  
hier: Vorstellung der Planungskonzeption durch Herrn Geschäftsführer Steidl  
- Kenntnisnahme -  
Vorlage: FB4/2007/0062**

Der Vorsitzende der Herrenwald Wohnbau eG, Herr Konrad Busch, stellt das Vorhaben vor und bittet die Stadt, den Wohnpark „Wohnpark Herrenwald“ im Bereich der Niederkleiner Straße/Main-Weser-Bahn zwar kritisch zu prüfen, jedoch fair zu behandeln, um eine gemeinsame Realisierung zu ermöglichen. Er betont, dass mit diesem Vorhaben zusätzlich qualitativ hochwertiger Wohnraum geschaffen wird und die Kaufkraft in Stadtallendorf verbessert wird.

Im Anschluss an die Ausführungen von Herrn Busch stellt der Geschäftsführer, Herr Steidl, die Planungen im Einzelnen vor. Er verweist dabei auf die Ergebnisse einer Bürgerbefragung, bei der rd. 96 % der Befragten das Wohnenbleiben bei der Herrenwaldgesellschaft betonten.

Im Ergebnis ergab die Umfrage, dass es sinnvoll sei, zusätzlich Wohnraum zu schaffen, sowohl für „Betreutes Wohnen“, aber auch für Singles und junge Familien.

Durch die vorgesehene modulare Bauweise kann Wohnraum individuellen Wünschen angepasst werden.

Herr Steidl weist insbesondere darauf hin, dass die bestehenden Mieteinheiten sich nicht wirtschaftlich nicht modernisieren lassen. Das geplante Projekt soll auch nicht nach den Richtlinien des Sozialen Wohnungsbaus verwirklicht werden, so dass davon auszugehen ist, dass die bisherigen Mieter der Wohnblöcke in der Niederkleiner Straße in andere Wohnungen der Wohnungsbaugesellschaft umziehen müssen. Herr Steidl versichert, dass ausreichend Wohnraum an anderer Stelle zur Verfügung steht.

Die Frage von Ausschussmitglied, Herrn Erber, ob aufgrund des geplanten Vorhabens die vorhandenen Mieter überwiegend in andere – auch ältere – Wohnungen umgesetzt werden sollen, wird von Herrn Steidl bestätigt.

Frau Schaub gibt zu bedenken, dass es unwahrscheinlich ist, dass die vorhandenen Mieter die neuen Mietzahlungen zu leisten in der Lage sein werden.

Herr Steidl betont, dass die Interessenten für die neuen Mietwohnungen die Mietforderungen erfüllen können.

Die Frage von Frau Schaub nach einem Finanzkonzept und den Kosten zum Vorhaben wird von Herrn Busch dahingehend beantwortet, dass dazu erst Planungssicherheit bestehen muss, um konkrete Aussagen zu den finanziellen Auswirkungen treffen zu können. Grundsätzlich jedoch bestehen Vorstellungen zu den Kosten.

Herr Hesse hebt hervor, dass das Konzept an sich eine innere Schlüssigkeit aufweist. Allerdings kritisiert er im Hinblick auf den befragten Personenkreis die Umfrage der Studenten als „akademischen Datensrott“. Andererseits aber stellt seines Erachtens das Vorhaben eine sinnvolle Ergänzung für Stadtallendorf dar, obwohl aus städtebaulicher Betrachtungsweise die gewählte Örtlichkeit sehr fraglich ist. Die Hochhausbebauung beurteilt er als städtebaulich unangemessen. Des Weiteren weist Herr Hesse auf die seit rd. 30 Jahren bestehenden Überlegungen einer Straßenverbindung hin, deren Verwirklichung keine große Variationsmöglichkeit zulässt. Wenn es nicht zu diesem „Ringschluss“ kommt, befürchtet er, dass es sich sehr nachteilig für die Entwicklung der Stadt auswirken wird.

Bürgermeister Vollmer ergänzt, dass ein Bau des Ringschlusses sich mit dem vorgestellten Konzept der Wohnbaugesellschaft nicht vereinbaren lässt. Er bittet die Wohnbaugesellschaft zu prüfen, ob es im Falle eines Ringschlusses Alternativen zum Konzept gibt oder es eine unverzichtbare Forderung darstellt, den Straßenbau nicht durchzuführen.

Er gibt der Wohnbaugesellschaft die Zusage, bis Ende 2007 einen verbindlichen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zum Straßenbau herbeizuführen.

Auf die Frage von Ausschussmitglied, Herrn Thierau, der die Maßnahme der Wohnbaugesellschaft als sehr sinnvoll ansieht, qualitativ hochwertigen Wohnraum zu schaffen, ob es Alternativen im Falle eines Ringschlusses gibt, antwortet Herr Busch, dass man grundsätzlich gesprächs- und kompromissbereit sei, auch für andere Lösungsmöglichkeiten.

Herr Thierau betont, dass er grundsätzlich einer Querspange kritisch gegenübersteht, dass jedoch eine solche dringend notwendig ist.

Seine Frage zur voraussichtlichen Höhe des Quadratmeterpreises für den Wohnraum bleibt mit Hinweis auf die zunächst notwendige Planungssicherheit zu beantworten.

Ausschussmitglied, Herr Erber, verweist im Zusammenhang mit der Thematik nochmals auf die Abhängigkeit des Vorhabens von der Entscheidung zur Frage des Innenstadtringes.

### **Kenntnisnahme:**

Die Herrenwald WohnBau eG hat in der Vergangenheit für ihr Gelände an der Niederkleiner Straße 5 – 11 (siehe Anlage) Konzepte für einen „Wohnpark Herrenwald“ erarbeiten lassen. Grundlage hierfür ist eine mehrsemestrige studentische Projektarbeit, die an der Universität Kassel durch den Fachbereich Architektur, Stadtplanung, Landschaftsplanung erarbeitet wurde. Elemente des geplanten Wohnparks Herrenwald sind im Bereich der Niederkleiner Straße ein Wohnhochhaus mit acht bzw. 10 Geschossen ein mehrgeschossiges Wohngebäude als „Riegelbebauung“ entlang der Niederkleiner Straße, ein mehrgeschossiger „Wohnriegel“ entlang der Main-Weser-Bahn, der ebenfalls als Lärm minderndes Element dienen soll.

Im Zentrum des „Wohnparks“ sind eine Reihe von Stadtvillen geplant, die in eine Grünanlage eingebettet sind (siehe Anlage). Insgesamt sollen bis zu 200 Wohneinheiten entstehen. Die Zielgruppe besteht vorzugsweise aus älteren Menschen.

Zeitgleich zu den vorgenannten Planungen hat die Stadt Stadtallendorf einen Vorentwurf für die Komplettierung des sog. „Innenstadtrings“ entwickelt. Der Trassenkorridor für dieses Verkehrsbauwerk beginnt an der Kreuzung Niederkleiner Straße/Heinrich-Schneider-Straße, quert östlich davon das Bahngelände der Main-Weser-Bahn und wird parallel zur Trasse der Main-Weser-Bahn über das Güterbahnhofsgelände bis zur Straße Am Bahnhof geführt. Diese Planungen, die durch das Ing.-Büro Dr. Manns & Conrad GmbH, Wirges, erarbeitet wurden, sind den städtischen Gremien im Januar 2007 vorgestellt worden (vgl. Vorlage Nr. FB 4/2007/0001). Darüber hinaus wurden den städtischen Gremien mit der Vorlage FB 4/2007/0037 (Verkehrsuntersuchung für den Bau einer Querspange in Stadtallendorf unter Einbeziehung einer zweiten Anschlussstelle an die geplante BAB A 49), im Juni/Juli 2007 die Auswirkungen einer solchen „Querspange“ im Verkehrsmengengerüst der Stadt Stadtallendorf dargestellt. Im Rahmen der Planungsüberlegungen zum Gestaltungskonzept Stadtmitte/Stadtentwicklungskonzept Stadtmitte wurde der Vorentwurf der Querspange in die Konzeption für die Weiterentwicklung der Innenstadt integriert. Die städtischen Gremien wurden im Juli 2006 über den Stand zum Gestaltungskonzept Stadtmitte informiert. In diesem Gestaltungskonzept wurde

für die Fläche an der Niederkleiner Straße eine Konzeption entwickelt, die sowohl die bauliche Neuorientierung im Bereich des Grundstücks der Herrenwald WohnBau eG als auch den Bau einer „Querspange“ in diesem Trassenkorridor ermöglicht. Die seinerzeit entwickelte Plankonzeption ist der Vorlage beigelegt.

Der Herrenwald WohnBau eG soll nunmehr die Gelegenheit gegeben werden, den aktuellen Planungsstand bezüglich der Entwicklung des Wohnparks Herrenwald in den städtischen Gremien vorzustellen.

**Abstimmungsergebnis**                      Zur Kenntnis genommen

**Zu 7                      "Stadtumbau in Hessen" - Förderprogramm des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung  
Interkommunale Allianz Kirchhain-Rauschenberg-Stadtallendorf  
hier: Bewilligung von Fördermitteln im Programmjahr 2007  
Vorlage: FB4/2007/0075**

Zur Vorlage ergänzt Fachbereichsleiter, Herr Hütten, dass eine Aufteilung der Fördermittel im Einzelnen noch nicht geregelt ist. Insoweit ist das, was in der Presse dargestellt ist, nicht richtig. Er verweist auf die in der Anlage zur Vorlage ersichtlichen Aufteilung. Für Maßnahmen in Stadtallendorf stehen Mittel zur Verfügung, die zunächst für Stadtmitte und Hallenbad vorgesehen sind.

Auf Nachfrage von Ausschussmitglied, Herrn Thierau, ergänzt Herr Bürgermeister Vollmer, dass von den Fördermitteln zunächst für das Hallenbad rd. 50.000,- € und für Stadtmitte 250.000,- € vorgesehen sind.

**Kenntnisnahme:**

Die Städte Kirchhain, Rauschenberg und Stadtallendorf haben an der Ausschreibung des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung für das Bund-Länder-Programm „Stadtumbau in Hessen“ teilgenommen und wurden im Jahre 2005 gemeinsam in dieses Städtebauförderungsprogramm aufgenommen.

Im April 2007 wurde von der Stadt Stadtallendorf der gemeinsame Förderantrag für das Jahr 2007 erarbeitet. Insgesamt wurde ein Antrag mit einem Finanzbedarf von ca. 865 T € für diverse Maßnahmen gestellt. Für Stadtallendorf wurden folgende Projekte angemeldet:

1. Hallenbad, Erstellung einer Konzeptstudie;  
Kosten: 30.000,00 €  
Im April/Mai 2005 wurde ein Situationsbericht erarbeitet und im Juni 2005 eine Grobkostenschätzung für eine Sanierung des Hallenbads in der Stadtmitte Stadtallendorfs ermittelt. Er gibt einen Überblick über die Situation dieser für den Ostkreis wichtigen Infrastruktureinrichtung.

In Ergänzung zu diesen Vorarbeiten soll ein Anforderungsprofil für die perspektivische Entwicklung des Bads erarbeitet werden. Ziel ist es, die Infrastruktureinrichtung trotz der erheblichen finanziellen Belastungen (Betriebskosten) für den Ostkreis zu erhalten. Dabei soll auch die Fragestellung möglicher Kooperationen mit der Stadt Kirchhain im

Bäderwesen erneut erörtert werden.

Im Rahmen der Erarbeitung einer Gesamtkonzeption/Gutachten sollen dabei u.a.:

Sanierungskosten ermittelt werden

Nachfrage und Angebotssituation für attraktivierende Komponenten ermittelt werden

eine Marktanalyse erarbeitet werden

Konzepte zur Verringerung der Folgekosten erarbeitet werden

Aspekte einer Kooperation mit Nachbarkommunen erörtert werden

2. Umsetzung der Gestaltleitplanung Stadtallendorf in der Marktstraße;  
Kosten ca. 250.000,00 €

Für die Stadtmitte ist ein konkretes Gestaltungskonzept entwickelt worden, das innerhalb der nächsten Jahre für einige Straßen- und Platzräume in der Stadtmitte Stadtallendorfs umgesetzt

werden soll. Ziel ist sowohl die gestalterische als auch funktionale Verbesserung der Stadtmitte. In 2007 soll gem. Beschluss der Stadtverordnetenversammlung der Bereich der Marktstraße in Stadtallendorf umgestaltet werden. Gemäß Kostenschätzung betragen die Kosten für die baulichen Maßnahmen: 250.000,00 €

Daneben wurden Mittel für Öffentlichkeitsarbeit, das Stadtumbaumanagement und die Beratungsleistungen der Hessen Agentur in Höhe von 85 T € beantragt.

Das Hessische Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung teilt in einer Veröffentlichung vom 13. August 2007 mit, dass nunmehr die Prüfung der Anträge abgeschlossen wurde.

Die Interkommunale Allianz Kirchhain, Rauschenberg, Stadtallendorf erhält demnach Fördermittel in Höhe von 568 T €

**Abstimmungsergebnis:** Zur Kenntnis genommen

**Zu 8 Netzstrukturdaten bestehender und geplanter stationärer Sendeanlagen in Stadtallendorf**

**a) Firma T-Mobile Deutschland GmbH, Eschborn**

**b) Firma O<sup>2</sup> (Germany) GmbH & Co. OHG, Frankfurt**

**Vorlage: FB4/2007/0064**

Hierzu ergeben sich keine Fragen.

**Kenntnisnahme:**

Die Mobilfunkbetreiber T-Mobile Deutschland GmbH, Eschborn, und O<sup>2</sup> (Germany) GmbH & Co. OHG, Frankfurt/M., teilen turnusgemäß die Netzstrukturdaten bestehender und geplanter stationärer Sendeanlagen in Stadtallendorf mit. Standorte, Art der Sendeanlagen und Realisierungsstand können der Anlage entnommen werden. Es wird um Kenntnisnahme gebeten.

**Abstimmungsergebnis:** Zur Kenntnis genommen

**Zu 9      Mitteilungen**

Herr Hütten gibt bekannt, dass die für den Herbst vorgesehenen Ausbaumaßnahmen in Stadtmitte aufgrund fehlender Angebote von Baufirmen nicht umgesetzt werden können. Auf die Nachfrage von Herrn Erber und Herren Hesse, ob es Informationen gibt, warum die Firmen keine Angebote abgegeben haben, antwortet Herr Hütten, dass dies voraussichtlich auf die starke Auslastung der Firmen zurückzuführen sei. Das Auftragsvolumen beziffert Herr Hütten auf Nachfrage von Herrn Metz auf 200.000,-- bis 250.000,-- €

Die Frage von Herrn StV Salzer, ob eine erneute Ausschreibung vorgesehen ist, wird von Herrn Hütten bestätigt.

**Zu 10      Verschiedenes**

Es ergeben sich keine Wortmeldungen.

**Der Vorsitzende**

**Der Schriftführer**

**Bonacker**

**Petri**